

presse

Kanzlerin muss Textilunternehmen in die Pflicht nehmen

*Bärbel Kofler, entwicklungspolitische Sprecherin;
Stefan Rebmann, zuständiger Berichterstatter:*

Am 24. April jährt sich die Brandkatastrophe von Rana Plaza zum zweiten Mal. Trotz des langen Zeitraums haben einige Unternehmen immer noch nicht, beziehungsweise einen zu geringen Beitrag in den Entschädigungsfonds für die Oper der Katastrophe eingezahlt.

„In den vergangenen Wochen und Monaten sind wir daher aktiv auf die Unternehmen zugegangen. Es haben zahlreiche Gespräche zu den Themen Textilproduktion, Textilhandel, aber auch allgemein zu fairen, sicheren und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen stattgefunden. Wir haben die Unternehmen, von denen wir wissen, dass sie ihren Beitrag zu dem Entschädigungsfonds noch nicht geleistet haben, aktiv aufgefordert, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Wir freuen uns, dass auch die Bundeskanzlerin auf der DGB-Konferenz „Gute Arbeit Weltweit - ein Geschäftsmodell für die Zukunft?“ das Verhalten dieser Unternehmen als „ziemlich peinlich“ bezeichnet hat. Allerdings sollte es nicht dabei bleiben. Wir halten es für notwendig, dass die Kanzlerin den sich verweigernden Unternehmen deutlich macht, wie verantwortungslos ihr Verhalten ist und dass sie diese Unternehmen nicht nur in die Pflicht nimmt, sondern sie auch beim Namen nennt.

Wie dürfen die über 1.000 toten und 2.000 zum Teil schwer verletzten Menschen nicht vergessen, genau wie die Millionen von Menschen, die weltweit immer noch unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten müssen. Das Beispiel Rana Plaza und das unwürdige Trauerspiel, das einige Unternehmen im

Zusammenhang mit dem Entschädigungsfonds veranstalten, zeigt uns wieder einmal deutlich: Mit Freiwilligkeit kommen wir hier nicht weiter. Um unser Ziel von guter Arbeit weltweit tatsächlich verwirklichen zu können, braucht es endlich verbindliche Regeln für die Unternehmen.“